

Der Vorsitzende des Ausschusses für Mobilität der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

 $\hbox{E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de}\\$

Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738 Telefax (0611) 31-3902 Sachbearbeiter: Herr Baldus

E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 05.09.2024

- Den Mitgliedern des Ausschusses für Mobilität
- 2. Den Fraktionen
- 3. Dem Magistrat
- 4. <u>Nachrichtlich</u> Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Mobilität am Donnerstag, 12. September 2024, um 17:00 Uhr, Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

- 1. Genehmigung der Niederschriften
- 2. 22-F-63-0033

Ladeinfrastruktur für den elektrifizierten Individualverkehr in Wiesbaden - räsentation des Tiefbauamtes

ANLAGE: Beschluss Nr. 0147 des Ausschusses für Mobilität vom 03.11.2022

3. Präsentation zu anstehenden größeren Kanalarbeiten der ELW

Ρ

Anträge aus der Sitzung vom 27.06.2024:

4. Informationen der Polizeibehörden

4.1 24-F-63-0037

Lärmbelästigung und Gefährdung durch Poser im Stadtgebiet

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 07.05.2024 -

Die ersten warmen Tage des Jahres haben nicht nur wieder viele Menschen auf die Straßen unserer Stadt gelockt, sondern auch viele motorisierte Poser zu Ausfahrten animiert. Gerade an Wochenenden kann man abends kaum noch durch die Stadt gehen, ohne mit laut aufheulenden Motoren, quietschenden Reifen und sinnlosen Beschleunigungsrennen konfrontiert zu werden. Dies geht nicht nur mit erheblicher Lärmbelästigung für die Anwohnerinnen und Anwohner und die Gäste der Innenstadt einher, sondern stellt auch eine reale Gefährdung für andere Verkehrsteilnehmende dar. Insbesondere bei Angeberstarts in den dichten Straßen der Stadt können bei den z.T. hoch motorisierten Fahrzeuge schnell außer Kontrolle geraten und massive Schäden anrichten. Die "Kurzstreckenrennen" vor auf Rot springenden Ampeln stellen eine erhebliche Gefahr für die Menschen dar, die dort Fußgängerübergänge nutzen.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

- 1. Der Magistrat wird gebeten, nach Rücksprache mit der Landespolizei im nächsten Ausschuss zu berichten,
 - 1.1 wie sich das Poser-Problem in Wiesbaden in den vergangenen Jahren entwickelt hat.
 - 1.1.1 Wächst die Szene?
 - 1.1.2 Gibt es örtliche Schwerpunkte?
 - 1.1.3 Welche Arten von Fahrzeugen werden dabei verwendet?
 - 1.2 welche polizeilichen Maßnahmen (z.B. im Rahmen der Einsatzgruppe ARGUS) dagegen ergriffen wurden und wie diese sich bisher ausgewirkt haben.
 - 1.3 welche (präventiven/repressiven) Maßnahmen sie der Stadt empfehlen würde, um diese Probleme einzudämmen.
 - 1.4 ob der Einsatz sog. Lärmblitzer, unter Einbeziehung von Erfahrungswerten anderer Städte, sinnvoll wäre und was die rechtlichen Voraussetzungen dafür sind und dabei die Erfahrungswerte anderer Städte auszuwerten.
 - 1.5 welche konkreten Möglichkeiten Privatpersonen haben, wenn sie auf Poser und Raser im Stadtgebiet aufmerksam werden.
 - 1.6 wie die Daten von Lärmblitzern im Lärmaktionsplan und der Lärmkartierung im Geoportal berücksichtigt werden können.
- Der Ausschuss appelliert an den Magistrat, gemäß Beschluss 0143 des Mobilitätsausschusses vom 03.11.2022 eine stationäre Geschwindigkeitskontrolle am Gustav-Stresemann-Ring stadtauswärts umzusetzen.

4.2 24-F-15-0029

Hochzeitskorso-Unwesen bekämpfen

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 19.06.2024-

Immer wieder kommt es zu Störungen im öffentlichen Straßenverkehr durch sogenannte Hochzeitskorsos. Diese blockieren und nötigen dadurch alle anderen Verkehrsteilnehmer.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschliessen: Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1. Wie sich die Fallzahlen in diesem Bereich seit 2020 entwickelt haben?
- 2. Inwieweit ist die Stadtpolizei hier neben der Landespolizei eingebunden?
- 3. Gibt es von Seiten der Stadtpolizei entsprechende Fallzahlen pro Jahr bzw. Statistiken?
- 4. Welche präventiven Maßnahmen werden von der Stadtpolizei durchgeführt?
- 5. Ob bekannt ist, dass Teilnehmer dieser illegalen Veranstaltungen sanktioniert wurden und wenn ja, wie?

5. 24-F-22-0031

Schienenersatzverkehr Riedbahn

- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 19.06.2024 -

In der zweiten Jahreshälfte wird die Riedbahn zwischen Mannheim und Frankfurt für fünf Monate komplett gesperrt, um den Streckenabschnitt umfassend zu sanieren. Während der Sperrung richtet die Deutsche Bahn einen umfangreichen Schienenersatzverkehr ein. Hierfür hat die Deutsche Bahn nicht nur rund 150 hochmoderne Busse angeschafft, sondern auch Fahrpersonal aus zahlreichen europäischen Ländern rekrutiert und geschult.

Der Ausschuss möge daher beschließen: Der Magistrat wird gebeten,

- 1. sich bei der Personalrekrutierung für ESWE Verkehr an den erfolgreichen Rekrutierungsmaßnahmen der Deutschen Bahn zu orientieren.
- 2. zu prüfen, ob nach Abschluss der Riedbahnsanierung die Möglichkeit besteht, Personal oder Busse von der Deutschen Bahn zu übernehmen.

Anträge zur Sitzung am 12.09.2024:

6. 24-F-22-0052

360-Grad-Kameras

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 04.09.2024 -

Der Kommunalverkehr Rhein-Nahe (KRN) hat Anfang des Jahres 2024 eine dreimonatige Testphase mit 360-Grad-Kameras in seinen Bussen durchgeführt.

Die Kameras sind auf der linken und rechten Seite sowie im Front- und Heckbereich des Busses installiert. Die aufgezeichneten Bilder der Kameras werden von dem System zu einem Bild zusammengesetzt und dem Fahrpersonal auf einem Monitor angezeigt, sodass es einen Blick von oben auf den Bus erhält.

Der KRN erhofft sich von dem System, dass es zu weniger Personenschäden kommt, da doch immer wieder Personen zu nahe an den Bus gelangen. Weiter kann dem Fahrpersonal in engen oder zugeparkten Straßen geholfen werden.

Der Ausschuss für Mobilität möge daher beschließen: Der Magistrat wird gebeten,

- 1. mit dem Kommunalverkehr Rhein-Nahe Kontakt aufzunehmen und sich über die dort gemachten Erfahrungen in der Testphase der 360-Grad-Kameras zu informieren und dem Ausschuss für Mobilität darüber zu berichten;
- 2. zu prüfen, ob eine solche Testphase auch in Wiesbaden durchgeführt werden soll;
- 3. zu berichten, welche (technischen) Hilfsmittel dem Fahrpersonal aktuell zur Verfügung stehen:
- 4. zu prüfen, ob solche 360-Grad-Kameras nicht auch in anderen kommunalen Fahrzeugen, wie z. B. der Müllabfuhr, sinnvoll eingesetzt werden könnten.

7. 24-F-22-0053

Schulbusse zur Kellerskopfschule

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 04.09.2024 -

Die Kellerskopfschule in Naurod ist die Realschule für die Kinder aus dem Wiesbadener Osten. Von insgesamt 375 Kindern besuchen aus Erbenheim, Delkenheim, Nordenstadt, Breckenheim, Heßloch, Kloppenheim, Igstadt und Bierstadt derzeit 183 Kinder die Schule.

Diese Ortschaften wurden seinerzeit von der inzwischen eingestellten Linie 35 bedient.

Neben den regulären Linien nach Naurod gibt es auch einen Schulbus, der die Schule anfährt. Dieser Bus fährt mit Ausnahme von Breckenheim und Delkenheim alle östlichen Wiesbadener Vororte an. Kinder aus diesen beiden Vororten müssen entweder mit regulären Bussen oder mit Elterntaxis zu den Haltstellen des Schulbusses in den Nachbarorten gebracht werden.

Die Schüler und die Eltern haben sich zwischenzeitlich mit dem Wegfall der Linie 35 abgefunden, aber für eine gute Schulanbindung aus den östlichen Vororten wäre ein weiterer Schulbus zur 2. Stunde und nach der 7. Stunden dringend notwendig.

Der Ausschuss für Mobilität möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, mit ESWE Verkehr Kontakt aufzunehmen und dort prüfen zu lassen,

- a) ob eine Erweiterung der Schulbusfahrten von und zur Kellerskopfschule zur 2. Stunde und nach der 7. Stunde möglich ist;
- b) ob eine Lösung für die Schulkinder aus Breckenheim und Delkenheim gefunden werden kann, sodass sie ohne Elterntaxis oder die Nutzung von regulären Bussen zu den Haltestellen des Schulbusses zur Kellerskopfschule gelangen können.

8. 24-F-10-0017

Kontrolle von E-Rollern im Straßenverkehr

- Antrag der Fraktion AfD vom 03.09.2024 -

Die Polizei Wiesbaden hat für das Jahr 2023 einen Anstieg der Unfälle, in Verbindung mit E-Rollern, um 60% registriert. In der Sitzung des Mobilitätsausschusses im Mai 2024 sah das Verkehrsdezernat allerdings keine Notwenigkeit die Kontrollen zu Verschärfen. Laut

Seite 5 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Mobilität am 12. September 2024

Bußgeldkatalog könnten 41 Vergehen, in Zusammenhang mit einer E-Roller Nutzung geahndet werden.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1. ob das zuständige Dezernat aufgrund der stark erhöhten Unfallzahlen die Stadtpolizei angewiesen hat den Verkehr mit E-Rollern stärker zu kontrollieren.
- 2. ob es gezielte Aufklärungsaktionen der Stadtpolizei gibt, in deren Rahmen, zum Beispiel in der Fußgängerzone, E-Roller-Nutzer auf ihr Fehlverhalten angesprochen werden, ohne Verhängung von Bußgeldern.
- 3. wie viele Bußgelder aufgrund von Fehlverhalten im Rahmen der E-Roller Nutzung erhoben wurden. Bitte für die Jahre 2021-2023 und nach Vergehen aufschlüsseln.

9. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 24-V-05-0014 DL 21/24-1

Verlängerung der Betrauung der Aartalbahn Infrastruktur gGmbH

2. 24-V-66-0207 DL 20/24-18

Kostheimer Landstraße - Neuaufteilung Verkehrsfläche zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

3. 24-V-66-0208 DL 20/24-19

Aufhebung Tempo-30-Zone in der Moritzstraße zugunsten von linienhaftem Tempo 30

4. 24-V-66-0215 DL 20/24-20

Rheingaustraße - Einrichtung eines Fußgängerüberwegs

5. 24-V-66-0216 DL 22/24-23

Mittelfreigabe Radverkehrstopf #T

6. 24-V-66-0303 DL 22/24-24

Bericht zur Verkehrssicherung Fahr-, Gehwege 2023 und Mittelverschiebung 2024

Tagesordnung III Nichtöffentliche Beratung

1. 24-F-16-0008

Umgang mit Beschwerden bei ESWE Verkehr

- Antrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak vom 04.09.2024 -

Hinweis: Der nichtöffentliche Antrag wird den Mitgliedern des Mobilitätsausschusses zur Verfügung gestellt.

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kraft Vorsitzender